

Bundestagswahl 2025: Natur- und Umweltschutz für eine lebenswerte und gerechte Zukunft

Als BUND setzen wir uns für einen starken Klima-, Umwelt- und Naturschutz und für die Wiederherstellung von naturnahen Lebensräumen ein – denn nur so können wir die Lebensgrundlagen für uns alle bewahren. Umweltschutz genießt in der Gesellschaft große Zustimmung, doch nicht alle Menschen empfinden die Umsetzung der Maßnahmen im Moment als wirklich gerecht.

Deshalb entwerfen wir kraftvolle Visionen für eine Zukunft, in der Transformation mit Planbarkeit, Transparenz und sozialer Absicherung zusammengeht – mit Lösungen, die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen. Mehr denn je kommt es darauf an, den Menschen zu zeigen, wie der Schutz von Umwelt und Natur ihr eigenes Leben bereichert und ihnen eine lebenswerte Zukunft sichert.

Wir haben Lösungen in Zeiten der Unsicherheit

Daher ist es uns wichtig, gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln und anderen Akteur*innen die Hand zu reichen. Zum Beispiel haben wir klare Empfehlungen, wie der Umbau der Landwirtschaft gemeinsam mit Landwirt*innen gelingen kann. Wir machen konkrete Vorschläge, um die Energiewende als Gemeinschaftsprojekt voranzutreiben und zeigen Wege auf, wie Sanierungen ohne steigende Warmmieten gelingen können. Wichtig ist uns zudem der Schutz von Gewässern und Wasserressourcen. Ebenso setzen wir auf eine umweltgerechte Mobilität für alle, die als Teil der Daseinsvorsorge mehr gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Damit verdeutlichen wir immer wieder, wie soziale und ökologische Gerechtigkeit Hand in Hand gehen und wie Planbarkeit, Transparenz und soziale Absicherung für die Menschen auch in Zeiten des Wandels möglich sind. Doch wir wissen: Das allein reicht noch lange nicht aus.

Wir setzen Angriffen auf die Demokratie etwas entgegen

Mit Blick auf die aktuelle politische Situation, in der populistische, antidemokratische, rechts-extreme, menschen- und wissenschaftsfeindliche Parteien und Positionen immer mehr an Kraft gewinnen, müssen wir uns weiterhin und noch stärker für unsere Ziele einsetzen. Es ist zu befürchten, dass Angstmache und Fehlinformationen, antidemokratische, wissenschaftsfeindliche und diskriminierende Aussagen die Debatten zur Bundestagswahl prägen werden.

Als BUND sind wir auch hier gefordert, uns klar zu positionieren. Denn die skizzierten Entwicklungen sind nicht nur eine Gefahr für die Erreichung unserer Ziele, sondern greifen unsere Demokratie an und damit auch uns als Verband und unsere Mitmenschen. Wir verurteilen jegliche menschenverachtenden und antidemokratischen Tendenzen in Politik und Gesellschaft zu tiefst. Die Verteidigung der Demokratie ist für den BUND direkt verbunden mit unseren Kernzielen des Umwelt- und Naturschutzes.

Die Angriffe auf Verbändebeteiligung und die Beteiligung der Öffentlichkeit kommen nicht nur von antidemokratischen Parteien. Dem stellen wir uns entschlossen entgegen.

Wir bieten Antworten, die den Umweltkrisen gerecht werden

Als BUND werden wir unsere hohe Glaubwürdigkeit als wissenschaftlich fundierter und unabhängiger Umweltverband nutzen, um faktenbasiert den Diskurs aktiv mitzugestalten. Wir gehen an die Wurzel der Probleme und zeigen klar: Es braucht einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel statt Wachstum und ausschließlich technologischer Lösungen. Nur durch eine sozial gerecht ausgestaltete, absolute Senkung von Konsum und Produktion können wir die drängenden Umweltkrisen erfolgreich bewältigen. Manche Parteien treten jedoch mit dem Ziel an, die bisherigen Errungenschaften im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu zerschlagen.

Anstatt endlich die dezentrale Bürger*innenenergie und wirksame Maßnahmen zur Energieeinsparung auf den Weg zu bringen, wird Wahlkampf für den Weiterbetrieb und Neubau von Atomkraftwerken gemacht und es werden erhebliche Ressourcen für SMR (kleine, modular aufgebaute Reaktoren), Kernfusion und CCS gefordert.

Es wird von Bürokratieabbau und Genehmigungsturbos gesprochen, was jedoch oft auf die Einschränkung des Naturschutzes, Steigerung der Flächenversiegelung und den Ausbau unnötiger Straßenprojekte hinausläuft. Weder das EU-Renaturierungsgesetz soll umgesetzt, noch ein notwendiges, gesetzliches Biodiversitäts-Schutzkonzept eingeführt werden.

Berechtigte Sorgen vieler Menschen angesichts der durch die fossile Energiekrise gestiegenen Lebenshaltungskosten werden gegen ökologische Fortschritte ausgespielt, obwohl es vielmehr darum gehen sollte, gerechte Teilhabe an der Transformation durch eine fairere Vermögensverteilung zu ermöglichen und ein substanzielles, wirkungsvolles Klimageld einzuführen. Das Klimageld ist ein sinnvolles Instrument, um CO₂-Reduktion mit sozialem Ausgleich zu verbinden. Es ist zu befürchten, dass der Einsatz von Pestiziden weiter ausgeweitet wird, das EU-Gentechnikrecht dereguliert und die Subventionierung naturschädlicher Landwirtschaft beibehalten wird, anstatt Landwirt*innen eine nachhaltige Perspektive zu bieten und Umweltleistungen zu honorieren.

Wir stellen uns entschlossen gegen diesen rückwärtsgewandten politischen Diskurs und gegen die Idee eines unbegrenzten und deshalb umweltfeindlichen Wachstums.

Wir bringen unsere Zukunftsvisionen noch lauter ein

Trotz vieler Fortschritte stehen wir vor der Bundestagswahl an einem entscheidenden Punkt: Die Bedeutung sozial-ökologischer Politik und ihre Visionen für eine positive, generationengerechte Zukunft müssen jetzt lauter denn je vorgebracht werden. Genau aus diesem Grund werden wir unsere Ideen weiter entwickeln – gemeinsam im Verband und mit unseren Bündnispartnern. Wir bringen die dringend benötigten Veränderungen zurück in die gesellschaftliche Debatte, in die Politik und in die praktische Umsetzung. Unser Ziel ist es, die vorhandenen Potenziale noch gezielter zu nutzen, um mehr Menschen für den BUND zu begeistern. Wir werden aktiv dorthin gehen, wo wir Menschen für den Umwelt-, Natur- und Klimaschutz gewinnen können – mit attraktiven Angeboten vor Ort, die zum Mitmachen, Gestalten und Handeln einladen!

Unsere Aktivitäten

Durch den Bruch der Koalition wird die Bundestagswahl viel früher als geplant stattfinden und der Wahlkampf stark verkürzt. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir schnell auf politische Entwicklungen reagieren können und unsere geplanten Rapid-Response-Aktivitäten stärken. Wir bauen mit Hochdruck den Verteiler von Aktiven auf, um sie zu den aktuell aufkommenden Themen schnell sprechfähig zu machen.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden und den Wähler*innen zur Bundestagswahl einen Kompass für ihre Wahlentscheidungen zu geben, plant der BUND folgende Maßnahmen:

- Wir wenden uns weiterhin an die demokratischen Parteien mit Vorschlägen für ihre Wahlprogramme und späteren Koalitionsvereinbarungen.
- Wir bringen unsere Konzepte und Ziele, Lösungsansätze und Maßnahmen in öffentliche Debatten ein.
- Wir streiten für unsere Kernthemen wie Klimaschutz, Biodiversitätserhalt, naturverträgliche Energiewende, konsequenten Naturschutz und die Sicherung des Atomausstiegs zeitnah, klar und kämpferisch. Wir treten den üblichen Fake-News und Desinformationskampagnen entschieden öffentlichkeits- und politikwirksam entgegen.
- Wir verbinden klare Botschaften und Forderungen an die künftige Bundesregierung und eine Ansprache an jeden einzelnen, machen verstärkt Kosten und Gefahren des Nichthandelns deutlich und sorgen insbesondere im Klimaschutz dafür, dass wir über eine positive zukunftsgerichtete Erzählung wieder ins Handeln kommen.

Landesverbände, Gruppen und Aktive sind in den Aktivitäten zentrale Multiplikator*innen. Hierzu haben wir bereits Austauschplattformen und Verteiler organisiert. Wir versetzen Aktive in den Ortsverbänden in die Lage, gestärkt auf Kandidierende der demokratischen Parteien einzuwirken. Wer versucht, die erzielten Fortschritte im Klima-, Natur- und Umweltschutz zu schleifen, der nimmt erhebliche gesellschaftliche und finanzielle Folgekosten in Kauf. Als BUND werden wir dem entgegentreten.

Angesichts zunehmender klimabedingter Naturkatastrophen hat die Dekarbonisierung des gesamten Wirtschaftens absoluten Vorrang. Sofortiges Handeln ist billiger als Abwarten.

Wir suchen starke, mobilisierende Allianzen, um für die sozial gerechte Dekarbonisierung der Wirtschaft und für wirksamen Schutz unserer Lebensgrundlagen Mehrheiten in der Gesellschaft zu gewinnen.

Anhang zu A01 Natur- und Umweltschutz für eine lebenswerte und gerechte Zukunft

Naturschutz stärken und Lebensräume sichern und verbinden!

Der Rückgang von Arten und Lebensräumen schreitet durch die Folgen zunehmend industrialisierter Landnutzung, ungebremster Bebauung und Zerschneidung der Landschaft dramatisch voran. Er wird zusätzlich beschleunigt durch die Klimakrise. Zwar gab es in der letzten Legislaturperiode einzelne Fortschritte im Natur- und Artenschutz. Doch insgesamt sieht die Situation düster aus und immer mehr Arten sind bedroht. Deutschland ist laut Grundgesetz dazu verpflichtet, unsere Lebensgrundlage zu sichern. Doch die Bundesregierung macht nicht genug, um Biodiversität zu schützen. Viele bestehende Regelungen haben weder klar definierte Ziele noch konkrete Maßnahmen. Sie sind nicht verbindlich und beinhalten viele Schlupflöcher und Ausnahmeregelungen. Dieser Zustand ist verfassungswidrig.

In der Landwirtschaftspolitik gab es in der letzten Zeit einige konkrete Verschlechterungen und es fehlt an Initiativen, negative Auswirkungen auf Umwelt substantiell zu verringern und positive Praktiken angemessen zu entlohnen. So wurden Umweltmaßnahmen im Rahmen der GAP auf EU-Ebene abgeschwächt und Glyphosat ist bis 2033 wieder zugelassen worden. Die Bundesregierung und die landwirtschaftlichen Berufsverbände dürfen den Um- und Abbau nicht weiter blockieren, sondern müssen ihn endlich in die Wege leiten und konstruktiv begleiten. Klar ist, dass ein solcher Umbau eine massive Reduzierung der gehaltenen Nutztiere bedeuten muss – um mindestens 50 Prozent, besser um 75 Prozent.

Deshalb fordern wir alle demokratischen Parteien auf, sich hierfür einzusetzen:

- Ein **wirksames gesetzliches Biodiversitäts-Schutzkonzept** mit klar definierte Zielen und konkrete Maßnahmen
- **Entwicklung eines Schutzgebiets- und Biotopverbundnetzes** auf mindestens 30 Prozent der Land- und Meeresfläche im Sinne der neuen Montréal-Kunming-Vereinbarung und des EU-Renaturierungsgesetzes. Zusätzlich zu den etwa 6 Prozent bestehenden Schutzgebieten braucht es einen Ausbau des Biotopverbunds auf mindestens 6 Prozent der Landesfläche.
- **Wildnis auf 2 Prozent der Landesfläche:** Hierfür ist der Wildnisfonds finanziell zu stärken und die Arbeit der KlimaWildnisZentrale zu verstetigen.
- **Der Artenschutz muss gestärkt und darf nicht geschwächt werden.** Nötig sind langfristig ausreichend finanzierte Artenschutz- und Monitoringprogramme. Die Rückstufung von Arten im Schutzstatus im europäischen Artenschutzrecht wird abgelehnt.
- **Grünes Band:** Unterstützung der Aktivitäten und Initiativen für die Nominierung und Ausweisung des deutschen und europäischen Grünen Bandes als UNESCO Weltnatur und –kulturerbe.
- **Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz konsequent umsetzen,** Maßnahmen langfristig fortführen und Finanzierung absichern.
- **Wirksame Umsetzung des EU-Renaturierungsgesetzes:** Wiedervernässung trockengelegter Moorböden und die Wiederherstellung möglichst vieler naturnaher Moore zum Klima- und Biodiversitätsschutz, Auwäldern oder artenreichen

Magerrasen. Auflegen eines Bund-Länder-Programms als Ergänzung des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz.

- **Einführung einer Anreizkomponente** bei Förderprogrammen des Naturschutzes auf Landes- und EU-Ebene. Also nicht nur den Ertragsverlust ausgleichen, sondern durch eine hohe Prämie einen wirtschaftlich hoch attraktiven Anreiz für Landwirte schaffen.
- **Schutz von Fläche und Böden als Lebensgrundlagen:** Umfangreiche Novellierung des Bundesbodenschutzgesetzes auf deutscher und eine Bodenrahmenrichtlinie auf europäischer Ebene, Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Flächenversiegelung.
- **Nachhaltige und flächensparende Siedlungsentwicklung,** die Bestandsbauten, Bauflächen und Infrastrukturen effizient bzw. multifunktional nutzt und pflegt.
- **Ambitioniertes Pestizidreduktionsprogramm:** Notwendig sind konkrete Maßnahmen wie eine Pestizidabgabe, verpflichtende Integrierte Schädlingsbekämpfung (IPM), Refugialflächen, Schutzgebiete ohne chemisch-synthetische Pestizide und ein Verbot im Haus- und Kleingartenbereich.
- **Vereinfachungen in naturschutzbezogenen Förderprogrammen bei der Antragsstellung** und im alltäglichen Leben in der Landwirtschaft ohne Umweltstandards zu konterkarieren.
- **Ablehnung der Deregulierung des EU-Genetechnikrechts:** Risikoprüfung, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit müssen für alle mit neuer Gentechnik erzeugten Kulturpflanzen gelten, keine gentechnische Veränderung von Wildpflanzen.
- **Den sozial-ökologischen Umbau der Landwirtschaft auf Grundlage der Konsense der Zukunftskommission Landwirtschaft vorantreiben:** Dazu gehört als unverzichtbare Grundlage die einkommenswirksame Honorierung der Betriebe für ökologischen Leistungen. Faire Preise für die Landwirtschaft, z.B. durch die Stärkung der Marktstellung der erzeugenden Betriebe. Evaluierung der heutigen GAP, z.B. durch bessere Ökoregelungen für Agroforst und Biogasblühfelder. Weiterentwicklung der GAP 2028 mit der Honorierung gesellschaftlicher Leistungen und Schwerpunktsetzung für den kooperativen Naturschutz, der Berücksichtigung des Klimawandels und Vereinfachung bei der Antragstellung.
- **Ausbau Ökolandbau und finanzielle Absicherung:** Das Ziel 30 Prozent Ökolandbau muss bis 20230 erreicht und Vermarktungsmöglichkeiten für Öko-Betriebe gestärkt werden (AHV). Ebenso muss das Budget im Nationalen Strategieplan (NSP) für Öko-Landbau erhöht werden und es braucht Bürokratierleichterungen für Öko-Betriebe, um die Umstellungsbereitschaft zu erhöhen.
- **Ambitioniertes Pestizidreduktionsprogramm:** Notwendig sind konkrete Maßnahmen zur Reduktion wie eine Pestizidabgabe, verpflichtende Integrierte Schädlingsbekämpfung (IPM), Schutzgebiete ohne chemisch-synthetische Pestizide und ein Verbot im Haus- und Kleingartenbereich.
- **Wahlfreiheit und Vorsorgeprinzip durch Regulierung auch für neue Gentechnik (NGT)** sicherstellen: Dafür braucht es Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit, Risiko- oder Umweltverträglichkeitsprüfung sowie Regelungen für die Koexistenz mit gentechnikfreier Landwirtschaft. Es darf keine Patentierung von Leben geben.
- **Umbau der Tierhaltung vorantreiben:** Die Vorschläge der Borchert Kommission bieten weiterhin eine gute Grundlage für den Umbau der Tierhaltung. Dazu ist das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz weiter zu entwickeln, insbesondere was das

Downgrading und die Einbeziehung ausländischer Ware betrifft. Parallel dazu sollte ein europäisches Tierwohllabel eingefordert werden. Die Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung sollte über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Fleischprodukte und einer Novellierung des Bundesprogramms Umbau der Tierhaltung erfolgen

- **Ernährungsstrategie für nachhaltigen Konsum** endlich umsetzen: Die vorgeschlagenen Maßnahmen für die Ernährungsbildung, verbindliche Vorgaben für die Kita- und Schulverpflegung, verbesserter Ernährungsumgebung, Stärkung der regionalen Wertschöpfung müssen besser politisch abgesichert werden. Dazu gehört auch die Herausstellung der Vorzüge einer pflanzenbetonten Ernährung, die besonders nachhaltig erzeugte Fleischprodukte aus regionaler und besonders tiergerechter Haltung einschließt. Dazu muss die Mehrwertsteuer reformiert werden und für bestimmte pflanzliche Produkte befreit
- **Reform Mehrwertsteuer:** Sie sollte für tierische Produkte auf 19 Prozent erhöht und bestimmte pflanzliche Produkte von der Mehrwertsteuer befreit werden.

Klima schützen, Energieverbrauch senken und Erneuerbare Energien naturverträglich ausbauen!

Deutschland verfehlt weiterhin seine Klimaziele, die bisher getroffenen Maßnahmen sind unzureichend, dies betrifft insbesondere die Sektoren Gebäude und Mobilität. Sie haben zugleich eine langlebige Infrastruktur, bei der es überfällig ist, den Umbau anzugehen. Fragen sozialer Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit gegenüber kommender Generationen müssen noch stärker als bisher einbezogen werden. Die Abkehr von den fossilen Energien und die Steigerung der Energieeffizienz gehen viel zu langsam voran – seit Jahren sinkt der Energieverbrauch kaum. Investitionen in nachhaltige/zukunftsweisende Transformationsprozesse werden ausgebremst. Die Bundesregierung hat es nicht nur versäumt, dringend notwendige Maßnahmen für die Mobilitätswende anzugehen, sie steuert massiv in die falsche Richtung.

Die Umsetzung der Energiewende erfolgt weitgehend ohne soziale Gerechtigkeit und Bürgerbeteiligung. Statt dezentraler Energie in Bürger*innenhand werden umweltschädliche Großstrukturen und Großinvestoren gefördert und die Kosten allen Verbraucher*innen auferlegt. Statt den Atomausstieg zu vervollständigen und eine Lagerung des Atommülls mit hohen Anforderungen des Strahlenschutzes sicherzustellen, wird eine Renaissance der Atomenergie angestrebt, verbunden mit Subventionen der teuren und gefährlichen Kernfusion.

Bei der Umsetzung der Energiewende muss die Einsparung von Energie, die sparsame und suffiziente und effiziente Verwendung von Energie Priorität erhalten. Dies ist die Grundlage für den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien. Bei der Umsetzung von Projekten der erneuerbaren Energien ist der Naturschutz einzuhalten und mit Artenschutzmaßnahmen zu verbinden. Ganz besonders gilt es, alle Schritte der Energiewende mit sozialen Zielen zu verbinden, Belastungen von Menschen mit geringem Einkommen zu mindern und Beteiligungsmöglichkeiten zu bieten.

Deshalb fordern wir alle demokratischen Parteien auf, sich hierfür einzusetzen:

- **Energieeinsparungen als zentrale Säule in der Energiewende:** Es werden ambitionierte Programme zur Nutzung der hohen Potentiale zur Einsparung von Strom und Wärme umgesetzt. Der Stromspar-Check für Haushalte mit geringem

Einkommen wird bundesweit flächendeckend verfügbar gemacht, damit Menschen durch die Wärmewende nicht finanziell und organisatorisch überfordert werden. Es wird eine sozial verträgliche Verteilung der Kosten für Sanierungen zwischen den Beteiligten sichergestellt

- **Dekarbonisierung des Stromsektors bis 2035:** Deutschland muss 100 Prozent Erneuerbare Energien erreichen. Windenergie und Photovoltaik sind die zentralen Säulen des Ausbaus der Stromerzeugung. Die Ausweisung von Planungsflächen ist in allen Bundesländern rasch zu sichern. In den Projekten ist der Naturschutz durch bundesweite Artenhilfsprogramme zu sichern. Statt großer Erdgaskraftwerke und einem Kapazitätsmarkt werden dezentrale Flexibilitäten gefördert. Der Rechtsrahmen für Energie-Gemeinschaften und Energy sharing wird ausgebaut und mit Vorteilen für den dezentralen und regionalen Energieaustausch ausgestattet. Um die Umweltauswirkungen und immens hohen Netzentgelte des Übertragungsnetzausbaus deutlich zu mindern, wird ein Plan B mit Verlagerung des Großteils des Offshore-Windausbaus in den Süden Deutschlands, mit mehreren Strompreiszonen, mit Spitzenkappungen und verstärktem Einsatz von Flexibilitäten (Batteriespeicher, flexibler Einsatz von Biogas) als Alternative umgesetzt.
- **Energie- und Naturschutzwende auf Augenhöhe:** Die im Zusammenhang mit der Energiewende etablierten Artenhilfsprogramme müssen als Kernelement Ankäufe ermöglichen. Ferner muss eine Regionalisierung in artspezifische Räume erfolgen, unabhängig von Verwaltungsgrenzen. Dies ist nötig, um die lokale Population wirksam zu unterstützen. Die Raumplanung muss sicherstellen, dass Freiräume dauerhaft gesichert sind.
- **Wärmewende voranbringen:** Die Fördersätze der Gebäudemodernisierung zur Energieeinsparung werden erhöht mit dem Schwerpunkt auf die Gebäude mit dem höchsten spezifischen Verbrauch. Die Kostenumlage erfolgt sozial gerecht und warmmietneutral gemäß dem „Drittmodell“ von BUND und Deutschem Mieterbund. Für die Umsetzung der Wärmeplanung auf kommunaler Ebene hat der BUND Leitlinien und Empfehlungen vorgelegt, wie diese ambitioniert in allen Kommunen und sozial verträglich eine gemeinsame Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien erfolgen kann.

Zusätzlich fordern wir:

- Erdgasausstieg: Die lokalen Wärmeplanungen sind bundesweit mit einem Ausstieg aus der Erdgasnutzung zu verbinden. Entsprechend kommt CCS auch an Gaskraftwerken nicht zum Einsatz. Keine Subvention für CCS und fossilen Wasserstoff mit CCS („blauer Wasserstoff“) sowie die geplanten Pipelines.
 - Kein Bau neuer fester LNG-Terminals, bestehende werden in ihrer Laufzeit beschränkt und verbunden mit Umweltverträglichkeitsprüfungen bis 2035 auf grüne Energieträger wie grünen Wasserstoff (oder Derivate) umgestellt.
 - Keine Erschließung neuer Gas- und Ölfelder in Deutschland und in Nord- und Ostsee. Beendigung der geplanten Gasförderprojekte vor Borkum und in Landsberg/Bayern.
- **Kohleausstieg bis 2030 vollenden** mit einer dauerhaften finanziellen Absicherung der Ewigkeitslasten des Braunkohle-Tagebaus.

- Scheinlösungen der Öl- und Gasindustrie wie **CCS/U und blauer / türkiser Wasserstoff werden von staatlicher Förderung ausgeschlossen**. Vorrangregelungen, Einschränkungen von Natur- und Meeresschutz, Verfahrensbeschleunigungsrechte und die erleichterten Enteignungsmöglichkeiten zugunsten von CCS Pipelines werden aufgehoben.
- **Atomausstieg in Deutschland und in der EU:** Wir fordern ein Bekenntnis zum Atomausstieg in einem neuen Koalitionsvertrag.
- **Atomüllagersuche:** Das Suchverfahren muss wissenschaftsbasiert, transparent und mit größtmöglicher Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden. Es darf keine Verfahrensbeschleunigung auf Kosten von Sicherheit, Wissenschaftlichkeit und Beteiligung geben.
- **Atomausstieg vervollständigen:** Schließung der Atomfabriken Lingen und Gronau einleiten sowie die Schließung des Forschungsreaktors FRM Garching 2
- **Neues Konzept für alle Zwischenlager erarbeiten und Beteiligungsprozess mit breiter Bürgerbeteiligung aufsetzen.**
- Ambitionierte Überführung der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) in deutsches Recht und **Einführung von klimabezogenen Sorgfaltspflichten** für Unternehmen sowie für eine ambitionierte Umsetzung der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD).
- **Finanzierung umweltpolitischer Maßnahmen sicherstellen**, unter anderem durch den sozialverträglichen Abbau umweltschädlicher Subventionen, insbesondere für das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz, Investitionen in die Bahn, zusätzliche Mittel für den Heizungstausch und Sanierungen, die Einführung eines sozialen Klimageldes, sowie die Förderung einer Dekarbonisierung der Industrie – jeweils mit Wirkungsnachweis und unter Vermeidung von Mitnahmeeffekten.
- Ein substanzielles und wirkungsvolles Klimageld, das verursachergerecht die tatsächlichen Emissionskosten allokiert und unbürokratisch an alle Haushalte wieder ausbezahlt wird wäre ein einfaches und wichtiges Mittel, um Klimaschutz sozial gerecht zu gestalten. Auch ein sozialverträglicher Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen z.B. in den Bereichen Energiesteuer, Stromsteuer oder KfZ-Steuer schafft Optionen für eine erfolgreiche Transformation.

Klimakrise als sozialen Kampf verstehen – Gerechtigkeit fordern!

Vielfalt und ein offener Raum für alle ist nicht nur für die Natur wichtig, sondern auch für uns Menschen. Wir betrachten mit Sorge die politischen Veränderungen der letzten Jahre und sehen Versäumnisse und Fehler, die uns jetzt drohen einzuholen. Sowohl politische Entwicklungen, als auch soziale Prozesse dürfen nicht aus dem Blick verloren werden. Soziale und ökologische Gerechtigkeit gehen Hand in Hand und müssen gleichermaßen betrachtet werden.

- Bildung ist ein wichtiges Mittel, um die Relevanz gesellschaftlicher und ökologischer Themen an Menschen weiterzugeben. Gleichzeitig fordern wir mehr **Bildungsangebote zu nachhaltiger Entwicklung und Antidiskriminierungsarbeit** von staatlicher Seite aus und wollen hier mit gutem Beispiel vorangehen, um den gesellschaftlichen Diskurs aufrecht zu erhalten und ins Gespräch zu kommen.
- Fragen sozialer Gerechtigkeit müssen in Umweltpolitik mitbedacht werden. Die bevorstehenden Änderungen benötigen eine weitreichende gesellschaftliche

Transformation. Wir fordern eine **gerechte Umverteilung von Vermögen mit dem Zweck allen Menschen die Teilhabe an dieser Transformation gleichermaßen zu gewährleisten.**

Die freiheitliche Demokratie als menschen- und meinungsfreundliches und respektvolles Regierungsmodell ist für unsere verbandlichen Ziele das wichtigste Standbein. Deshalb ist es unsere Aufgabe und auch unser Ziel diese zu stärken und damit allen Menschen ein selbstbestimmtes und gerechtes Leben zu ermöglichen, frei von Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt. **Wir verurteilen jegliche menschenverachtenden und antidemokratischen Tendenzen in Politik und Gesellschaft zutiefst** und möchten sichere Räume innerverbandlich schaffen und bieten und auch nach außen verteidigen.

Ressourcen- und Verschmutzungskrise bekämpfen – Ressourcenschutzgesetz einführen!

Die Ressourcenkrise ist eine zentrale, aber missachtete Herausforderung, obwohl Artensterben und Klimakrise letztlich Symptome der Ausbeutung natürlicher Ressourcen sind. In Deutschland verwendet die Chemieindustrie einen großen Teil von Ressourcen und Energie und Lücken im EU-Chemikalienrecht verhindern den effektiven Schutz von Mensch und Umwelt vor gefährlichen Stoffen.

Deshalb fordern wir alle demokratischen Parteien auf, sich hierfür einzusetzen:

- Absolute Reduktion des deutschen Ressourcenverbrauchs durch die **Einführung eines deutschen sowie eines EU-Ressourcenschutzgesetzes** mit messbaren und verbindlichen Ressourcenschutzzielen.
- **Planmäßige Umsetzung der EU-Chemikalienstrategie**, insbesondere die Beschränkung der "Ewigkeitschemikalien" PFAS und die Überarbeitung der REACH-Verordnung. Es braucht ein Verbot von Schadstoffen in Alltagsprodukten sowie ein Exportverbot von Chemikalien, die in der EU nicht zugelassen sind.